Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster
Kajo Schukalla
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Münster, Neujahr 2019

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

zum Neuen Jahr wünschen wir euch und Ihnen persönlich alles Gute und uns allen friedliche Zeiten!
Viele aktuelle Nachrichten sind allerdings äußerst beruhigend. In der Silvesternacht hat ein Autofahrer – anscheinend nach dem Vorgehensmuster islamistisch motivierter Terrorattacken - versucht, mit seinem Wagen in Bottrop und Essen „Ausländer“ zu ermorden, eine weitere grausame Facette rechtsextremistischer, rassistischer Aktivitäten hierzulande.
Am Neujahrsmorgen hat der extreme Populist Jair Bolsonaro das Amt des brasilianischen Präsidenten übernommen. Der „Tropen-Trump“ (für ihn selbst ein Ehrentitel) will auch den Amazonas-Regenwald wirtschaftlich nutzen, das bedeutet vor allem abholzen. Rechte Indigener zählen dabei nicht. Den indigenen Völkern Brasiliens stehen noch härtere Zeiten bevor.
In der Ostukraine Russland herrscht de facto weiterhin Krieg, die jüngste Krise um die russisch besetzte Krim erscheint ausweglos.
In Syrien ist nach dem angekündigten Abzug der Amerikaner aus dem kurdischen Norden Bewegung in die Konfliktlage gekommen. Bereits vor Jahresende hat der türkische Präsident Erdogan Truppen an der Grenze zusammen gezogen. Der Einmarsch in weitere kurdische Gebiete war bereits angekündigt. Die von syrischen Kurden dominierten „Volksschutzeinheiten“ (YPG) haben in der Notlage ausgerechnet den syrischen Diktator Assad mit Erfolg um rasche Hilfe gebeten. Die Geheimabsprachen des aktuellen russisch-türkischen Gipfel werden sich wohl erst in den nächsten Militäraktionen offenbaren. Ich höre viele Kurden schon sagen: Nie wieder den Amerikanern trauen, wie der legendäre Kurdenführer Mustafa Barzani (1903-1979) einst aus seinen Erfahrungen folgerte. Auch hier hat der amerikanische Präsident wieder Porzellan zerschlagen und Vertrauen in den Westen insgesamt verspielt.
Zu Jahresbeginn hat der chinesische Präsident Xi Jinping die Eingliederung Taiwans als alternativlos beschrieben, der friedliche Weg würde bevorzugt, Gewalt aber nicht ausgeschlossen. Unser tibetischen und uigurischen Freunde haben da ihre eigenen Erfahrungen.
Erinnert sei hier noch an die humanitären Katastrophen im Jemen und der Rohingya in Burma/ Myanmar, Themen, die uns beschäftigen.
Vom großen Kontinent Afrika, einem unserer Schwerpunkte, war bei der Auflistung noch gar nicht die Rede, von Darfur, Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik, dem Ostkongo und Kasai, den Boko Haram, Nigeria, dem neuen Konflikt in Nordwestkamerun, Mali oder Libyen und von den oft tödlichen Fluchtbewegungen durch Sahara und Mittelmeer.
Und wo bleibt das Positive?, um mit Erich Kästner zu fragen. Doch, das gibt es auch. In

Ghana etwa und auch anderen Ländern und Regionen können wir friedliche und demokratische Entwicklungen beobachten. In der Menschenrechts- und Eine-Welt-Arbeit sind wir beim Blick aufs Positive insgesamt bescheidene Dimensionen gewöhnt. So ging es beim Klimagipfel in Kattowitz zumindest weiter, anderes wurde befürchtet. Der jüngste Friedensnobelpreis an unsere Freunde, den kongolesischen Arzt Denis Mukwege und die yezidische Menschenrechtsaktivistin Nadia Murad, war auch für unsere Arbeit eine große Ermutigung. Diese erleben wir auch im hoffentlich weiterhin unverwüstlichen Engagement vieler Menschenrechtsaktiver, denen an dieser Stelle ganz herzlich gedankt sei.

Die **nachfolgende Terminübersicht** nimmt zu Jahresbeginn bewusst auch Planungsdaten und Gedenktage für das neue Jahr auf, die eine bessere, langfristige Terminplanung ermöglichen mögen. Nicht alle angedachten Veranstaltungen und Aktionen sind schon gesichert.

Unsere Kräfte sind beschränkt, zumal es ja auch noch die vielen „unsichtbaren“ Einsätze und Arbeiten gibt: Beratungen, Lobbyarbeit, Unterstützung von Geflüchteten oder Netzwerkarbeit. Entsprechend freuen wir uns über Unterstützung jeglicher Art. Auch **suchen wir** immer nach zusätzlichen Personen, die sich auf spezielle Fragen konzentrieren und bereit wären, uns ihre Studien, Feldforschungen oder Forschungsergebnisse oder einfach auch kondensierten Lesefrüchte einmal in kleinerer Runde vorzustellen.

Mit herzlichem Gruß im Namen unseres Teams

Kajo Schukalla

E-mail: muenster@gfbv-rg.de

PS. Seit Kurzem ist **unsere GfbV-Regionalgruppe auch auf Facebook** vertreten. Es hat sich allerdings noch nicht herumgesprochen.
Wer an unseren Aktivitäten interessiert , der schaue doch dort mal rein und verlinke. Weiterempfehlungen und Freundschaftsbekundungen werden wohlwollend registriert.

https://www.facebook.com/GfbV-Regionalgruppe-Münster-land-764367547257325/

1. Ausgewählte Termine

Viele der GfbV-Menschenrechtsaktionen sind aktuellen Ereignissen und Entwicklungen geschuldet und können nicht langfristig angekündigt werden. Insofern muss auch diese Vorschau provisorisch sein.

Neujahr, auch eine Weltfriedenstag
Dienstag, 1. Januar 2019
Der Weltfriedenstag oder Antikriegstag ist ein Gedenktag, für den es mindestens drei Termine gibt, in Deutschland den 1. September (seit 1966), durch die Vereinten Nationen als den „Internationalen Tag des Friedens“ den 21. September (seit 1981) und dan auch den 1. Januar in der katholischen Kirche (seit 1968). Frieden sollte man allerdings weniger gedenken als ihn zu

realisieren, der Kriege und Genozide muss man dann aber gedenken.

Un Paese di Calabria

„Geflüchtete Menschen bekommen ein neues Zuhause“
Film- und Diskussionsveranstaltung
Mittwoch, 9. Januar 2019,
Film- und Diskussionsveranstaltung
Film über das beispielhafte Aufnahmemodell in Riace
Diskussion über die Kriminalisierung des Dorfes und Optionen der Politik in Münster
Cinema,
Warendorfer Str. 47, 48145 Münster
Eintritt auf Spendenbasis

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster
Offenes Arbeitstreffen
Donnerstag, 10. Januar 2019, 19.30 Uhr
Die Brücke – International Office, Raum 107
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),
48143 Münster

Ab in die Mitte – FreiwilligenAgentur berät im Kirchenfoyer
Infoveranstaltung über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in Münster
Freitag, 11. Januar 2019, 10.30-12.00 Uhr
Salzstraße 1, Ecke Lambertikirchplatz, Münster
Die FreiwilligenAgentur lädt ein zur Engagementsprechstunde. Die ehrenamtliche Engagementberaterin der FreiwilligenAgentur Dr. Linde Eck ist in der Mitte der Stadt dann für alle da, die etwas zu freiwilligem Engagement wissen möchten.

(Freier) Welthandel
Fluch oder Segen?
Jahrestagung Entwicklungspolitik 2019
Freitag bis Sonntag, 11. - 13. Januar 2019
Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

- Handelspolitik als zentrales Thema für Enwicklungspolitik
- Freier Handel: Notwendig und hinreichend für eine gute Entwicklung?
- Freihandel - Problemursache oder Problemlöser?

Weltweiter Handel hat in der Vergangenheit vielen Menschen einen Weg aus großer Armut ermöglicht Er hat unter heutigen Rahmenbedingungen jedoch auch problematische Auswirkungen: Er ist (mit)ursächlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, unmenschliche Arbeitsbedingungen im Süden oder Lohnabschläge im Norden, Umweltzerstörung und anderes mehr.

Da die Gespräche der Welthandelsorganisation stocken, versucht die EU mit bi- oder

multilateralen Handels-abkommen, sich Absatzmärkte für Güter und Dienstleistungen zu erschließen und die Rohstoffversorgung zu sichern: mit asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten. Obwohl diese Abkommen oft sehr einschneidende Folgen für die Menschen vor Ort haben, bleiben die Zivilgesellschaften in diesem Prozess meist außen vor.

Handelspolitik ist deshalb ein zentrales Thema für Entwicklungspolitik und damit auch für die Jahrestagung.

Gemeinsam mit Fachleuten aus verschiedensten Handlungsfeldern wollen wir u.a. folgenden Fragen nachgehen: Wie ist die derzeitige Situation des Welthandels? Wer verfolgt welche Interessen und spielt welche Rolle (EU, China, WTO…)? Welche Folgen haben Handelsabkommen für die Menschen im Süden? Unter welchen Rahmenbedingungen kann Welthandel fair und nachhaltig werden? Können Ansätze wie der `UN-Treaty on business and human rights` helfen, Menschenrechte durchzusetzen? Welche Rolle spielt unser Konsumverhalten und was können wir als Einzelne zu einer fairen Handelspolitik beitragen?

Referenten:
Tobias Daur, lands - next generation, Münster
Prof. Dr. Heiner Flassbeck, ehem. Chef-Volkswirt der UNCTAD, Ornex/F
Sven Giegold, MdEP, Sprecher der Europagruppe Grüne, Düsseldorf, Brüssel/B
Joanna Klabisch, Stiftung Asienhaus, Köln
Judith Klingen, fair rhein, Kamp-Lintfort
Dr. Boniface Mabanza, Kirchliche Arbeitsstelle für das südliche Afrika, Heidelberg
Francisco Mari, Brot für die Welt, Berlin
Dr. Jean Gottfried Mutombo, Amt für MÖWE der EKvW, Dortmund
Eva-Maria Reinwald, Südwind- Institut für Ökonomie und Ökumene, Bonn
Prof. Dr. Hartmut Sangmeister, Entwicklungsökonom, Heidelberg
Beginn: Fr, 11.01.2019 um 18:00 Uhr
Ende: So, 13.01.2019 bis 14:00 Uhr

Tagungs-Nr.: 19-501
Tagungsleitung: Dr. Christian J. Müller
Sekretariat: Ingrid Grothues
Tagungsbeitrag: 70 € /erm 55 € (ÜN/DZ)
90 € /erm 75 € (ÜN/EZ)
30 € /erm 15 € (o. ÜN)

Veranstalter: AG Eine Welt / Arbeitsgemeinschaft Eine Welt-Gruppen im Bistum Münster und in der Evangelischen Landeskirche von Westfalen und Franz Hitze Haus Münster

https://www.franz-hitze-haus.de/info/19-501/

Tagungsflyer:
https://www.franz-hitze-haus.de/fileadmin/backenduser/download/flyer/19-501.pdf

Anmeldung bis zum 14.12.2018
über E-mail: grothues@franz-hitze-haus.de
Tel. 0251/ 9818-445

<u>Aus Westfalen in die Südsee. Katholische Mission in den deutschen Kolonien.</u>
Sonderausstellung
bis 13. Januar 2019
Stadtmuseum Münster, Salzstr. 28, 48143 Münster

Im Rahmen des FriedensKulturMonats habe ich eine kolonialgeschichtliche Radtour durchgeführt, die auch aktuelle Bezüge zur Denkmalpolitik der Stadt Münster und den deutsch-namibischen Verhandlungen u.a. zum Umgang mit dem Völkermord an den Herero und Nama einschloss. Nur verweisen konnte ich bei der dreistündigen Stadttour auf eine jüngst eröffnete Sonderausstellung im Stadtmuseum, die den Aspekt christlicher Mission in der Südsee behandelt. Diesen empfehlenden Hinweis wiederhole ich hiermit gerne. Kajo Schukalla

Ende des 19. Jahrhunderts verbanden sich in Deutschland Kolonialismus und christliche Mission. Dies galt besonders für Ozeanien, wo das Deutsche Reich nur deutsche Missionsgesellschaften bzw. -orden dulden wollte. Aus Münster und Westfalen waren zwei Orden an der Mission in Ozeanien beteiligt. Die eigens gegründeten Hiltruper Herz-Jesu-Missionare und die Missionsschwestern vom Heiligsten Herzen Jesu aus Münster-Hiltrup sowie die Rheinisch-Westfälische Ordensprovinz der Kapuziner übernahmen die Christianisierung in Papua-Neuguinea und Mikronesien. Erstmals wird die katholische Missionsgeschichte in Ozeanien – von Papua-Neuguinea über die Karolinen, Marshallinseln bis zu den Marianen – während der deutschen Kolonialzeit mit einem Fokus auf die münsterischen Orden in einer Ausstellung detailliert beleuchtet.

Die Ausstellung "Aus Westfalen in die Südsee. Katholische Mission in den deutschen Kolonien" wurde in Kooperation vom Stadtmuseum Münster und dem Excellenzcluster "Religion und Politik" der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) erarbeitet.

Zahlreiche Leihgaben veranschaulichen das Leben der katholischen Missionare, ihre Aufgaben und wissenschaftlichen Interessen, die Beziehung zur Kolonialregierung und zur evangelischen Mission. Fotografien illustrieren das Wirken der Missionare in Ozeanien und ihren Einfluss auf die lokale Bevölkerung. Ethnologische Objekte, die von den Missionaren mit nach Deutschland genommen wurden, lassen die komplexe und für Christen fremdartige Vorstellungswelt der Einheimischen erahnen. So ist als außergewöhnliches und sehr seltenes Stück ein für den Ahnenkult erstellter Mondfisch aus Neuirland (ehemals Neu-Pommern) zu sehen.

Auch die Interpretation von christlicher Bildsprache durch indigene Künstler kann anhand von Objekten nachvollzogen werden. Einblicke in die Natur der deutschen Kolonien gewähren zahlreiche Vogelpräparate und weitere Tiere, die dem Forschergeist des 19. Jahrhunderts entsprechend nach Hiltrup gebracht wurden. Die teilweise über 100 Jahre alten Präparate zeugen nicht nur von der Tierwelt in den Kolonien, sondern auch von ihrer Bedeutung für die Wissenschaft.
Blick in die Ausstellung.
Auch die Auswirkungen der kolonialen

Verbindungen auf die Bevölkerung im Deutschen Reich werden erfahrbar. Der Kontakt mit den Menschen aus den Kolonien, etwa in sogenannten Völkerschauen, beeinflusste Fremd- und Selbstwahrnehmung sowohl der Deutschen als auch der Indigenen aus den Kolonien. Hinzu kam beispielsweise die größere Verfügbarkeit von Kolonialwaren, die nun für die breitere Bevölkerungskreise erschwinglich wurden.

Zur Ausstellung ist im Reimer-Verlag ein Begleitbuch erschienen und ist zum Vorzugspreis von 28 Euro im Stadtmuseum erhältlich

Chalo India
Indische Filmtage
ab Sonntag, 13. Januar 2019
bis zum 10. März 2019
alle Veranstaltungen im Schlosstheater, Melcherstr. 81, 48149 Münster

Programm unter www.chalo-india.de
Kartenvorverkauf an der Kinokasse oder online unter: www.cineplex.de/muenster
Filmbeginn pünktlich, ohne Vorprogramm
Einheitspreis 7 €, bei Überlänge ab 130 Min. 2 € Aufschlag
Veranstalter: Indischer Filmclub Münster in Zusammenarbeit mit Filmclub Münster

Engagiert in Münster
Infoveranstaltung FreiwilligenAgentur
Mittwoch, 16. Januar 2019, 11 – 12.30 Uhr
Gesundheitshaus Münster, Gasselstiege 13, 48159 Münster, Raum 403

Referentinnen: Andrea Evers, Nicole Lau, Ilka Bröskamp

Als träger- und sektorübergreifende Einrichtung stellt die FreiwilligenAgentur die verschiedenen Möglichkeiten für freiwilliges Engagement in Münster vor und informiert auch über gute Rahmenbedingungen im Ehrenamt.

Die FreiwilligenAgentur Münster lädt mehrmals im Jahr zu Infoveranstaltungen ein. Diese drei Infoveranstaltungen sind allgemein und richten sich an alle, die sich – egal in welchem Bereich – freiwillig engagieren möchten. Soziales, Sport, Kultur, Entwicklungsarbeit oder Rettungsdienste, die Engagementfelder sind vielfältig. Als träger- und sektorübergreifende Einrichtung stellt die FreiwilligenAgentur die verschiedenen Möglichkeiten für freiwilliges Engagement in Münster vor und informiert auch über gute Rahmenbedingungen im Ehrenamt.

Eine Anmeldung ist nicht notwendig.

Teilnahme frei.

Kontakt: FreiwilligenAgentur Münster

Tel. 0251/ 492-5970

www.freiwilligenagentur-muenster.de

The Veteran of the Future / Der Veteran der Zukunft
Podiumsdiskussion
Mittwoch, 16. Januar 2019, 19.30 Uhr
Haus der Niederlande, Bibliothek

Alter Steinweg 6-7, 48143 Münster

Die sich ändernden Merkmale (bewaffneter) Konflikte bringen einen neuen und anderen Typ von Veteranen hervor. Wie bereiten wir diese auf ihre Auslandseinsätze vor? Und wie können wir sie nach ihrer Rückkehr unterstützen? Auf der Veranstaltung „Der Veteran der Zukunft" lassen uns verschiedene Redner an ihren Gedanken zu diesem Thema teilhaben, zu dem Professor Friso Wielenga, Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien im Anschluss eine Diskussion zwischen Rednern und Publikum moderieren wird.

Organisation: Zentrum für Niederlande-Studien, I. Deutsch-Niederländisches Korps, Unterstützung durch Niederländische Botschaft Berlin

Eintritt frei

Anmeldung per Mail erbeten: zns@uni-muenster.de

Überarbeitungsprozess des Migrationsleitbildes der Stadt Münster
Plenumssitzung
Donnerstag, 17. Januar 2019, 17 – 20 Uhr
Stadtweinhaus, Hauptausschusszimmer

Diskussion und Überarbeitung der Handlungsfelder "Interkulturelle Öffnung der Verwaltung" (Arbeitstitel), "Sport und Freizeit", "Kinder- und Jugendhilfe, soziale Dienste" und "Gesundheit und Pflege"

Seit nunmehr zehn Jahren erkennt das Migrationsleitbild der Stadt die Vielfalt der Stadtgesellschaft als Bereicherung an. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, an der jede und jeder von uns beteiligt ist. So ist folgerichtig das Leitbild das Ergebnis eines partizipativen Prozesses, zu dem der Oberbürgermeister gemeinsam mit dem Integrationsrat eingeladen hatte.

Damit das Leitbild weiterhin zur Steuerung und Verbesserung der Integrationsprozesse und Maßnahmen in der Stadt beitragen kann, muss das Leitbild entsprechend den gesellschaftlichen Veränderungen aktualisiert werden. Am 9. Oktober 2018 begann der Überarbeitungsprozess. Beim kommenden Termin werden die Ergebnisse besprochen.

Die Veranstaltung ist öffentlich.

https://www.stadt-muenster.de/zuwanderung/migrationsleitbild.html

Neujahrsempfang des Eine-Welt-Forums Münster
Sonntag, 20. Januar 2019 , 11 - 14 Uhr
Café Weltbühne,
Evangelischen Studierendengemeinde (ESG), Breul 43, 48143 Münster
Mitwirkende sind Cactus Junges Theater und die Musikgruppe JustPedro
Interessierte sind herzlich willkommen.
Eintritt frei

Migrationsleitbild der Stadt Münster
Präsentation der Ergebnisse der Handlungsfelder, Abschlussdiskussion
Verabschiedung des Leitbildes
Dienstag, 22. Januar 2019, 17 - 19 Uhr

Rathaus, Festsaal,
Prinzipalmarkt
Die Veranstaltung ist öffentlich.

Umweltschutz als Faktor der Entwicklung
Tagung zur Bistumspartnerschaft Münster – Tula , Mexiko
Freitag bis Samstag, 25. - 26. Januar 2019
Fr ab 16.30 Uhr
Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

Invasion Day („Australia Day“)
Samstag, 26. Januar 2019
Am 26. Januar begeht in Australien die Mehrheit der Bevölkerung den Australia Day, die Aborigines hingegen das Datum als Tag der Invasion. An dem Tag ankerte 1788 die britische First Fleet unter Captain Arthur Philip (1738-1814) in der Botany Bay, wurde an Land der Union Jack gehisst und die Stadt Sydney gegründet. Dem folgte schrittweise die Zerstörung der indigenen Kulturen Australiens.

Holocaust-Gedenktag
Sonntag, 27. Januar 2019
Der 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Bekannter ist er unter dem Namen "Holocaust-Gedenktag“ oder auch "Auschwitz-Gedenktag“, international heißt er „International Holocaust Remembrance Day“.
Am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz von der Roten Armee. Im Vernichtungslager Auschwitz ermordeten die Nationalsozialisten zwischen 1940 und 1945 mehr als eine Million Menschen. Seit 1996 gedenkt Deutschland am 27. Januar offiziell der Opfer des Nationalsozialismus.
Bei seiner Einführung in Deutschland am 3. Januar 1996 sagte der damalige Bundespräsident Roman Herzog: "Die Erinnerung darf nicht enden; sie muss auch künftige Generationen zur Wachsamkeit mahnen. Es ist deshalb wichtig, nun eine Form des Erinnerns zu finden, die in die Zukunft wirkt. Sie soll Trauer über Leid und Verlust ausdrücken, dem Gedenken an die Opfer gewidmet sein und jeder Gefahr der Wiederholung entgegenwirken." (Proklamation des Bundespräsidenten vom 3. Januar 1996, Bundesgesetzblatt, Teil I, Nr. 2, 1996, S.17)
In Großbritannien wurde das Datum 2000 offiziell eingeführt, zugleich als Gedenktag für alle Genozide/ Völkermorde, von der UNO dann 2005 offiziell eingeführt.

In Münster finden am Zwinger an der Promende und in der Apostelkirche Gedenkveranstaltungen statt, an denen sich immer einige von uns beteiligen.

Reparationen und Aussöhnung nach Kolonialismus und Weltkriegen
aktuelle Aspekte und Verhandlungen
Vortrag und Diskussion
Montag, 28. Januar 2019, 18.30 Uhr
Lützow-Kaserne
Hauptfeldwebel-Timmermeier-Saal

Lützowstr. 1 A, 48157 Münster

Referent: Ruprecht Polenz, Vertreter der Bundesregierung im Dialog um den Völkermord an den Herero und Nama mit Namibia

Eine Veranstaltung der Deutschen Atlantischen Gesellschaft Münster
Um eine Anmeldung zur Veranstaltung bis zum 23. Januar 2019 wird gebeten.
E-mail: info@dtatlges.de

Whistleblowers: Helden oder Verräter?
Mittwoch, 30. Januar 2019, 19 Uhr
Haus der Niederlande, Bibliothek
Alter Steinweg 6-7, 48143 Münster
Referent: Dr. Joris Gijsenbergh

Whistleblowers wie Edward Snowden sind aus dem öffentlichen Leben nicht mehr wegzudenken. Immer wieder plaudern (Ex-)Arbeitnehmer aus dem Nähkästchen, um Führungsmängel in ihrem Unternehmen oder einer Behörde offenzulegen. Heutzutage genießen sie einen Heldenstatus. Das klingt selbstverständlich, riskieren sie doch ihren Arbeitsplatz oder sogar ihre Freiheit, um Missstände anzuprangern. Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass wir Whistleblowers nicht unterschätzen dürfen. Es gibt sie in Deutschland und den Niederlanden bereits seit Jahrzehnten, aber sie werden erst seit kurzem gelobt. Lange wurden sie von ihren Arbeitgebern und Kollegen als Verräter bezeichnet. Dr. Joris Gijsenbergh vergleicht den Umgang mit Whistleblowers in beiden Ländern. Erst wenn wir verstehen, welchen Kampf sie auszufechten hatten, werden wir Transparenz zu schätzen wissen.

Organisation: Zentrum für Niederlande-Studien
Eintritt frei

Vernetzungstreffen der Eine-Welt-Gruppen und Migrantenselbstorganisationen und interessierter Einzelpersonen
Donnerstag, 31. Januar 2019, 16 – 20 Uhr
Stadtweinhaus – Rathaus, Prinzipalmarkt 6-7, 48147 Münster
Eine Veranstaltung des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster, des Integrationsrates Münster und MiGlobe / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt / Engagement Global

Interessierte sind herzlich willkommen.

Information und Anmeldung: Susanne Rietkötter,
Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Stadt Münster, Geschäftsstelle,
Tel. 0251/ 492-3326,
E-mail: rietkoetter@stadt-muenster.de
Informationen auch bei Kajo Schukalla, Tel. 0251/ 2390606

Vorschau und Planungen

Jüdisches Leben in Amsterdam
Tagesfahrt
Sonntag, 3. Februar 2019, 7 – 21 Uhr

Volkshochschule Münster in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Münster
Beitrag 81 €
Anmeldung bei der Volkshochschule Münster
VHS, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster,
Anmeldeschluss: 11.1.2019

Fundraising für Umwelt und Entwicklung
Institutional Readiness
Montag bis Dienstag, 4. - 5. Februar 2019
Mo, ab 16.30 Uhr
Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

40. Jahrestag der iranischen Revolution (Islamische Revolution)
Montag, 11. Februar 2019
in zeitlicher Nähe geplante Informationsveranstaltung über die Lage der Menschenrechte und Minderheiten im Iran

Red Hand Day / Aktion Rote Hand
Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten
Weltweite Initiative gegen den Missbrauch von Kindern als Soldaten
Dienstag, 12. Februar 2019
Am 12. Februar 2002 trat das Fakultativprotokoll über die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft. Seitdem gilt der 12. Februar als Internationaler Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten und ist als Red Hand Day bekannt geworden.
Seit den 1970er Jahren sind einige internationale Konventionen auf den Weg gebracht worden, die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikte zu verhindern.
Doch auch heute noch werden geschätzte 250.000 Kinder weltweit als Soldaten oder in anderen kriegsunterstützenden Funktionen missbraucht.
Die Gesellschaft für bedrohte Völker in Münster hat mit Partnern wie terre des hommes immer wieder mit Öffentlichkeitsaktionen (u.a. Aktion Rote Hand zum Red Hand Day) politisches Handeln international und bei konkreten Konflikten eingefordert.

Zusammen leben, zusammen wachsen
Bundesweiten Vorbereitungstagung der Interkulturellen Woche 2019
Freitag bis Samstag, 15. und 16. Februar 2019
Berlin-Spandau

Dort werden unter anderem diese Fragen diskutiert: Wie können wir in Europa universelle Werte verteidigen und Menschen schützen? Wie schlägt sich die Demokratie im Widerstreit mit dem Rechtspopulismus? Wie hat sich der Antisemitismus in der (Migrations-)Gesellschaft in den vergangenen Jahren entwickelt? Wie können sich Kirchengemeinden für mehr Interkulturalität öffnen?
Das ist das Motto der Interkulturellen Woche 2019.

Eine Anmeldung zur Tagung ist erforderlich.
https://www.interkulturellewoche.de/

PROTEST gegen den AfD-Neujahrsemfang !
Solidarisch gegen den Rechtsruck
Freitag, 22. Februar 2019
vor dem Rathaus, Prinzipalmarkt
www.keinenmeter.noblogs.org

Die Ukraine im Spiegel der Literatur
Ein europäisches Land im Fokus
Dienstag, 26. Februar 2019, 18.30 -21 Uhr
Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

Länderseminar Iran
Seminar zur Reisevor- und Nachbereitung
Freitag bis Samstag, 1. - 2. März 2019
Fr ab 15 Uhr
Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

60. Jahrestag des tibetischen Aufstands gegen die VR China
Sonntag, 10. März 2019
Mahnwache am Samstag, 9. März 2019, geplant

Am 10. März 1959 begann des Volksaufstandes in Tibet.
In Münster und anderen Städten wird zur Erinnerung an den Aufstand das Rathaus beflaggt.
In Deutschland sind an dem Tag rund tausend öffentliche Gebäude beteiligt.
Angeregt wurde diese Aktion in Deutschland 1995 von der Tibet Initiative Deutschland, 1996 dann erstmals auf Rathäusern umsetzt, in Münster etwa später von der Tibet-Initiative und der Gesellschaft für bedrohte Völker politisch durchgesetzt.
1950 wurde Tibet völkerrechtswidrig von der Volksrepublik China besetzt, tibetische Kultur und buddhistische Religion verfolgt, die meisten Klöster wurden zerstört. Insgesamt werden über eine Million Tote beklagt.

Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019
Montag, 11. März, bis Sonntag, 24. März 2019

Auf die Veranstaltungen in Münster wird frühzeitig hingewiesen. Die GfbV beteiligt sich mit einem afrikabezogenen Thema.

Halabja-Gedenktag
Samstag, 16. März 2019
Im kurdischen Dorf Halabja starben am 16. März 1988 ca. 5000 Menschen qualvoll bei dem Giftgasanfgriff im Rahmen der Anfal-Offensive 1987/88 durch den irakischen Diktator Saddam Hussein. Insgesamt kamen möglicherweise 100.000 Zivilisten bei den Kurden und Aramäern/ Assyrern um im Nordirak ums Leben.
Deutsche Unternehmen, unter ihnen die hessischen Unternehmen Pilot Plant und Karl Kolb, hatten damals maßgeblich zum Aufbau der irakischen Giftgasindustrie beigetragen.

Landeskonferenz Entwicklungspolitik 2019
Die Zukunft afrikanisch-europäischer Beziehungen
Freitag bis Samstag, 22. - 23. März 2019
Eine Kooperationsveranstaltung des Eine Welt Netzes NRW
Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

Jüdisches Leben in Frankreich
12. Jüdische Kulturtage 2019
Eröffnungsveranstaltung
Montag, 25. März 2019, 19.30 Uhr
Rathaus, Festsaal,
Prinzipalmarkt
Eintritt frei

Bis zum 12. April finden im Rahmen der Jüdischen Kulturtage Veranstaltungen statt.

Brexit
Britischer EU-Austritt sowie Übergangslösung für die weitere Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt tritt in Kraft (voraussichtlich)
Freitag, 29. März 2019
(23 Uhr MEZ)

in Planung eine zeitnahe Informationsveranstaltung zur Entwicklung in Nordirland und Éire (Irland)

GfbV-Bundesregionalgruppentreffen
Freitag bis Sonntag, 5. - 7. April 2019
Göttingen GfbV-Bundesbüro
Victor-Gollancz-Haus für bedrohte Völker
Geiststr. 7, 37073 Göttingen

Informationen bei der Regionalgruppe Münster (Kontakte unten)
oder bei Daniel Matt im Bundesbüro, Tel. 0551/ 49906-17,
E-mail: d.matt@gfbv.de

Die Nacht der Religionen
Samstag, 6. April 2019, 17.45 - 23.45 Uhr
Treffpunkt: Bremer Platz, Ostausgang Hauptbahnhof
Begleiterin durch die Nacht: Dr. Susanne Eichler

Anmeldung bei der Volkshochschule Münster
VHS, Aegidiimarkt 3, 48143 Münster,
Anmeldeschluss: 22.3.2019

Genozid-Gedenktag Ruanda
Sonntag, 7. April 2019
Am 6. April 1994 wurde über Kigali, der Hauptstadt Ruandas, das Flugzeug mit Präsident Habyarimana abgeschossen. Tutsi wurden beschuldigt, das Attentat verübt zu haben. Die Präsidentengarde, Milizen und Streitkräfte begannen nach vorbereiteten Todeslisten mit der Ermordung von Oppositionellen, Tutsi wie Hutu, dann aller, die nicht mit der so genannten Hutu-Power sympathisieren. Im ganzen Land begann der Völkermord, dem innerhalb von etwa hundert Tagen etwa eine Million Menschen zum Opfer fallen. Noch nie zuvor wurden bei einem Völkermord in so kurzer Zeit unter Beteiligung so vieler Menschen mit einfachsten Waffen, vor allem Macheten, so viele Menschen ermordet. Erst mit der Eroberung Kigalis durch die Ruandische Patriotische Front (RPF) am 4. Juli 1994 wurde der Genozid beendet. Die internationale Staatengemeinschaft hat bei diesen furchtbaren Ereignissen völlig versagt.
Am 23.Dezember 2003 proklamierte die UNO-Generalversammlung den 7. April zum Internationalen Gedenktag an den Genozid in Ruanda.

Weltromatag
Montag, 8. April 2019
Der von der International Romani Union für den 8. April ausgerufene Weltromatag soll das öffentliche Bewusstsein für die Situation der größten ethnischen Minderheit in Europa schärfen und Vorurteile durch Begegnungen und interkulturellen Dialog abbauen. Das Datum erinnert an den 1. Weltkongress der Roma 1971, der als Schlüsselereignis in der Emanzipationsgeschichte der Roma gilt.

Aghet - die Katastrophe
Erinnerung an den Genozid an den Armeniern
Mittwoch, 24. April 2019
Der 24. April ist der Armenischer Genozidgedenktag
Die Armenier bezeichnen den Völkermord auch als *Aghet* („Katastrophe“)
Auf Befehl der das Osmanische Reich lenkenden jungtürkischen Bewegung wurde am 24. April 1915 die armenische politische und kulturelle Elite Istanbuls verhaftet und ins Landesinnere verschleppt, wo deren größter Teil ermordet wurde. Dieses Geschehen markiert den Beginn des Völkermords an den Armeniern im Schatten der Ereignisse des Ersten Weltkrieges.
Die GfbV plant eine Lesung im Kirchenfoyer Münster

Bücherverbrennung in Münster
Montag, 6. Mai 2019
10 Jahre Gedenktafel in Erinnerung an die Bücherverbrennung in Münster 1933
Der Standort der bronzenen Bodenplatte befindet sich an der Südwestecke des Domplatzes gegenüber dem spitzen Neubau des Landesmuseums.
(siehe auch den Hinweis zum 10. Mai)

Kriegsende
Mittwoch, 8. Mai 1945
Gedenkversammlung am Zwinger
Wir gedenken des Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa am 8. Mai 1945 am Zwinger, in dem noch in den letzten Kriegstagen Menschen exekutiert wurden.

Tag der Bücherverbrennung
Freitag, 10. Mai 2019
Hinweise in der Tagespresse

Bundesweit, auch in Münster, erinnern zum Jahrestag Lesungen an die Bücherverbrennungen am 10. Mai 1933. Dieser „Feldzug gegen den undeutschen Geist in Literatur und Kunst“, wie es seinerzeit hieß, wurde auch in Münster geführt. So wurde bereits am 6. Mai unter Leitung des studentischen „Kampfbundes wider den undeutschen Geist“ auf dem Domplatz ein so genannter „Schandpfahl“ aufgestellt, an den die Schriften demokratischer, liberaler und jüdischer Schriftsteller genagelt wurden. Diese kulturpolitische Barbarei fand nach damaligen Zeitungsberichten ein reges Interesse in der Bürgerschaft. In jenen Tagen bemühten sich die Studierenden auch um eine „Säuberung“ der öffentlichen und privaten Bibliotheken, tatkräftig von Münsters Buchhändlern unterstützt. Am 10. Mai fand die „Aktion wider den undeutschen Geist“ dann ihren Höhepunkt in der Bücherverbrennung auf dem südlichen Teil des Hindenburgplatzes (Neuplatz), dem Landgericht zugewandt. Die Tagespresse berichtete von einem „unübersehbaren Zug“ vom Domplatz über den Prinzipalmarkt zum Neuplatz. Selbst der Straßenbahnverkehr musste während des 25 Minuten dauernden Durchmarsches eingestellt werden.
Und die Bücherverbrennung war nur der Auftakt für Verfolgung, Angriffskrieg und Völkermord. Heinrich Heine schrieb 1820 zu den Vorgängen 1817 auf der Wartburg den visionären Satz: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende Menschen.“
In Münster erinnert seit dem 6.Mai 2009 eine Bodenplatte an den so genannten „Schandpfahl“ und die Bücherverbrennung 1933. Das Mahnmal wurde nach jahrelangen Bemühungen auf Initiativ der Gesellschaft für bedrohte Völker gesetzt (siehe Hinweis zum 6.Mai).

Die GfbV erinnert in Zusammenhang mit dem Gedenken an 1933 an die verfolgten Autoren und ihre verbrannten Bücher von heute.

EU, Mercosur, Alleanza del Pacifico und Co
Regionale Zusammenarbeit als Motor gemeinsamer Entwicklung
Donnerstag bis Samstag, 16. - 18. Mai 2019
Do ab 14.30 Uhr

Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster
www.franz-hitze-haus.de

30. Jahrestag der Niederschlagung der Demokratiebewegung
auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking (Beijing)
Dienstag, 4. Juni 2019
GfbV-China-Veranstaltung angedacht

Das Friedensgutachten 2019
Dienstag, 4. Juni 2019
Französische Friedrichstadtkirche auf dem Gendarmenmmarkt,
10117 Berlin-Mitte
Eine Kooperation der Evangelischen Akademie zu Berlin
mit der Evangelischen Akademie Villigst, Schwerte

Pfingstmontag 2019

Ökumenisches Fest mit Markt der Möglichkeiten

Montag, 10. Juni 2019, ab 11.30 Uhr

Domplatz Münster

Seit dem Beginn im Jahr 2000 hat sich dieses Fest, das alle zwei Jahre stattfindet, zu einem kleinen ökumenischen Stadtkirchentag entwickelt.

Der Pfingstmontag 2019 (10. Juni) wird unter dem Thema stehen: „Jeder hörte sie in seiner Sprache reden“ (Apg.2, 6 b).

Der Tag beginnt mit einem Festgottesdienst aller Generationen um 11.30 Uhr; verschiedene Programm-Angebote auf der Bühne sowie im Borromaeum schließen sich an. Zwischen ca. 12.30 Uhr und 15.30 Uhr findet der Markt der Möglichkeiten statt.

Von besonderem Interesse die Projekte mit ökumenischer Dimension, z.B. die Eine-Welt-Arbeit, der faire Handel, Gemeindepartnerschaften und soziale Dienste. Darüber hinaus aber soll das breite Spektrum all der vielen Institutionen und Initiativen sichtbar werden, die sich in Münster auf sozialem und ökologischem Gebiet engagieren.

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker wird dort mit einem Stand vertreten sein.

Srebrenica-Gedenktag
Donnerstag, 11. Juli 2019
11.Juli 1995 geschah das Massaker von Srebrenica, das als Genozid anerkannt ist. Binnen weniger Tage wurden etwa 8.000 zumeist muslimische Männer ermordet und zehntausende Menschen vertrieben; Kriegsverbrecher bestrafen, Schicksal der Verschwundenen klären, Recht auf Rückkehr in Sicherheit. Als Jahrestag der bosnischen "Schutzzone" Srebrenica wird der Tag begangen.

Mediation, Conflict Resolution and Human Rights Protection
Summer School
Freitag, 12. Juli, bis Sonntag, 28. Juli 2019
Internationales Evangelisches Tagungszentrum Wuppertal

Auf dem Heiligen Berg, 42285 Wuppertal

Eine Kooperation der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) mit mit der Evangelischen Akademie Villigst, Schwerte (Kurssprache ist Englisch)

37. Evangelische Kirchentag
Mittwoch bis Sonntag, 19. - 23. Juni 2019
Dortmund

Über 100.000 Menschen jeden Alters, unterschiedlicher Religionen und Herkunft werden zusammenkommen, um ein Fest des Glaubens zu feiern und über die Fragen der Zeit nachzudenken und zu diskutieren.
Eine frühzeitige Anmeldung wird empfohlen.
Alle Einzelheiten im Internet unter:
https://www.kirchentag.de/

Die GfbV wird in Dortmund mit einem Infostand und Aktionen beteiligt sein.

Weltflüchtlingstag und Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung
Donnerstag, 20. Juni 2019

Der 20. Juni ist seit 2001 Weltflüchtlingstag / Internationaler Tag des Flüchtlings (UNHCR, UNO), auch gedacht als Aktionstag,
der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung gilt in Deutschland seit 2015, zu diesem Anlass wird (auch) besonders den deutschen Vertriebenen gedacht

Bereits seit 1914 gibt es den Welttag des Migranten und Flüchtlings (auch Welttag der Migranten und Flüchtlinge; kurz Weltflüchtlingstag), ein jährlich am 19. Januar stattfindender, kirchlicher Gedenktag für Flüchtlinge und Migranten. Er wurde erstmals 1914 von Papst Benedikt XV. mit dem Dekret Ethnografica studia ausgerufen.
Weitere, nur in Deutschland abgehaltene Gedenktage sind der Tag des Flüchtlings im Rahmen der Interkulturellen Woche Ende September sowie ab 2015 der Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung, der zusammen mit dem Weltflüchtlingstag am 20. Juni stattfindet.

Nachbars Garten – De tuin van de buren – Niederlande
14. Freien Gartenakademie 2019
Freitag, 21. Juni 2019, 20 Uhr
Eröffnungsveranstaltung
Lesung Gerbrand Bakker
Location der Freien Gartenakademie, der Schrebergarten von Wilm Weppelmann
Schrebergarten in der Kleingartenkolonie Langemarck e.V., Parzelle Nr. 8,
Wibbeltstr., 48147 Münster

„Im ländlichen Teil der niederländischen Region Twente kannte man die Volkssitte „Noaberskap“ (vielleicht übersetzt Nachbarismus) in denen ein guter Freund oder Nachbar das Bauernhaus durch die Hintertür betrat. „Noaberskap“ entwickelte sich zu einem besonderen sozialen System, das die Beziehungen der Menschen vertiefte. So betreten wir mit der 14. Freien Gartenakademie 2019 die Kultur unserer niederländischen

Nachbarn durch die Hintertür, durch das Gartentor und laden im Sommer 2019 zu einer kleinen Entdeckungsreise durch eine sehr vielseitige Kulturlandschaft ein.“
Dies schreibt Wilm Weppelmann, der Akademiedirektor, ein Freund und Mitstreiter in vielen Menschenrechtsangelegenheiten.
http://www.gartenakademie.org/?event=praesentataion-jahresprogramm-2019

Tag des Gedenkens an den Völkermord an den Roma
Freitag, 2. August 2019
Der 2. August wurde vom Europäischen Parlament in einer Entschließung vom 15.4.2015 festgelegt, in der auch der Völkermord an 500.000 Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten genannt wird.
Der 2. August ist somit der Tag des Gedenkens an den Völkermord an den Roma.
In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden fast 3000 Roma – Männer, Frauen und Kinder – in den Gaskammern des sogenannten „Zigeuner-Familienlagers“ Auschwitz-Birkenau ermordet. Dies waren nur einige der hunderttausende Opfer des Völkermords an den Roma, die von den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten umgebracht wurden, da auch Roma zu den vielen Bevölkerungsgruppen gehörten, die dem Holocaust zu Opfer fielen.
Bereits seit 1985 wird vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma jährlich an dem Tag in Auschwitz der Opfer gedacht.

Internationaler Tag der indigenen Völker
Freitag, 9. August 2019
Offiziell heißt der Tag der indigenen Völker, der in der Menschenrechtsarbeit- und für die indigene Bewegung von großer symbolischer Bedeutung ist, bei der UNO allerdings „International Day of the World’s Indigenous People“ (Internationaler Tag der indigenen / autochthonen Bevölkerung der Welt). Dort steht er ohne Plural-S, bedeutet also Bevölkerung. Das kleine „s“ in „peoples“ (Volk) verleiht dem Begriff dann einen als völkerrechtliches Subjekt beanspruchenden Charakter.

Dieser Jahrestag wurde von der UN-Vollversammlung am 23. Dezember 1994 für die Internationale Dekade für Indigene Bevölkerungen (Völker) beschlossen. 2004 wurde von der UNO eine zweite Dekade ausgerufen. Ziel der Dekade war die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit für Indigene auf Arbeitsfeldern wie Kultur, Erziehung, Gesundheit, Menschenrechte, Umwelt, Soziales, Wirtschaft und Entwicklung.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker setzt sich seit Jahr und Tag gemeinsam mit anderen Menschenrechtsorganisationen und indigenen Selbstvertretungen für indigene Rechte ein. Ein wichtiges Instrument stellt die Konvention der Internationalen Arbeitsorganisation – einer UNO-Sonderorganisation - ILO 169 dar, die die Bundesrepublik Deutschland trotz zahlreicher Zusagen bis heute noch nicht ratifiziert ist.

Eine Öffentlichkeitsaktion ist in Vorüberlegung.

Ohamakari Day
Gedenken an den Völkermord an den Herero (und Nama) 1904
Sonntag, 11. August 2019

Der Ohamakari Day erinnert an den Völkermord an den Herero (und Nama). Am 11. August 1904 fand das Gefecht von Ohamakari, die Schlacht am Waterberg statt.

Speziell bei der Herero wird an jedem letzten August-Wochenende in Okahandja der Maharero- Day begangen. Das Erinnerungsritual (omazemburikiro, Gedenkfeier) der Herero, geht auf das Jahr 1923 zurück, als der Leichnam des im botswanischen Exils verstorbenen Samuel Mahereo nach Okahandja überführt und am 26.August feierlich beigesetzt wurde.

In Münster werden wir in diesen Tagen am Train-Denkmal an der Promenade (Ecke Ludgeriplatz) eine Aktion durchführen.

Tag der Erinnerung an Sklavenhandel und dessen Abschaffung
Freitag, 23. August 2019
Der 23. August ist der Internationale Tag der Erinnerung an Sklavenhandel und dessen Abschaffung (UNESCO).

Die GfbV plant in zeitlicher Nähe eine Informationsveranstaltung über die aktuelle Lage der Sklaverei in Mauretanien.

80. Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkriegs
Antikriegstag
Sonntag, 1. September 2019
Gedenkveranstaltung am Zwinger

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg durch deutschen Angriffskrieg gegen Polen.
Die UNO begeht den 21. September als Weltfriedenstag.

Zusammen leben, zusammen wachsen.
Interkulturelle Wochen 2019 in Münster
Ende September und Oktober 2019

Das ist das bundesweite Motto der Interkulturellen Woche 2019 lautet „Zusammen leben, zusammen wachsen.“

Bundesweit findet die Interkulturelle Woche (IKW) vom Sonntag, 22. September bis Sonntag, 29. September statt.
In Münster erstrecken sich die Veranstaltungen über mehrere Woche.
Der **Tag des Flüchtlings** ist immer am letzten Freitag im September statt, 2019 folglich am **27. September**.
https://www.interkulturellewoche.de/

Europäischer Tag gegen die Todesstrafe
Donnerstag, 10. Oktober 2019
Europäischer Tag gegen die Todesstrafe wird vom Europarat seit 2003, von der Europäischen Union seit 2008 begangen.

"Letzter Tag in Freiheit"
Freitag, 11. Oktober
"Letzter Tag in Freiheit" wird der Erinnerungstag indigener Völker in Amerika genannt, der an die Ankunft Kolumbus' am 12. Oktober 1492, erinnert.
Der **12. Oktober 1492** wird auch als so genannter **"Kolumbus-Tag"**, Tag der "Entdeckung Amerikas“ durch Christoph Kolumbus begangen.

Los Angeles hat im August 2017 beschlossen, jenen Feiertag, der nach Christoph Kolumbus benannt ist, zum Gedenktag für die indigenen Völker Amerikas umzuwidmen. In den Wochen zuvor hatten mutmaßliche Extremisten Statuen des Entdeckers aus dem 15. Jahrhundert zerstört. Mitglieder des Stadtrates von Los Angeles stimmten 2017 mit 14 zu 1 Stimmen dafür, den Kolumbus-Tag durch einen Tag der indigenen Völker Amerikas zu ersetzen. Der Tag bleibt ein bezahlter Feiertag für alle Stadtangestellten. Die offizielle Umbenennung erfolgt aber erst 2019.

Westfälischer Frieden 1648
Donnerstag, 24. Oktober 2019
Der Westfälische Friede (Peace of Muenster) beendete am **24. Oktober 1648** offiziell den Dreißigjährigen Krieg, der weite Teile Mitteleuropa verwüstete. In deutschen Landen wurde etwa ein Drittel der Gesambevölkerung Opfer dieses Krieges.

In Münster wird an dem Tag durch Veranstaltungen und öffentliche Inszenierungen an den Friedensschluss erinnert.

Am **24. Oktober 1945** trat auch die **Gründungscharta der UNO** in Kraft, Hauptziel: „künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“.

Gedenkstunde zur Pogromnacht am 9. November 1938
Samstag, 9. November 2019, 11 Uhr
Synagoge Münster, Klosterstr. 8-9, 48143 Münster

Der 9. November ist mit mehreren historischen Ereignissen **in der deutschen Geschichte** verbunden:

> **1848** standrechtliche Hinrichtung von Robert Blum, des republikanischen Parlamentsabgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung, nach dem niedergeschlagenen Oktoberaufstand in Wien. Die Hinrichtung Blums markiert einen entscheidenden Wendepunkt in der Entwicklung der Deutschen Revolution von 1848/49 als Anfang vom Ende dieser Revolution.
> **1918** Reichskanzler Max von Baden verkündet eigenmächtig die Abdankung Kaiser Wilhelms II. und überträgt dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert die Wahrnehmung der Regierungsgeschäfte; kurz darauf ruft dessen Parteigenosse Philipp Scheidemann die deutsche Republik aus (November-Revolution).
> **1923** Der mit einem "Marsch auf Berlin" beginnende nationalsozialistische Putschversuch (Hitler-Ludendorff-Putsch) wird durch bayerische Polizei an der Feldherrenhalle in München vereitelt.
> **1938** Pogromnacht, brennende Synagogen, demolierte jüdische Geschäfte, brutale Misshandlungen, Deportationen, der Anfang zur Vernichtung des europäischen Judentums. In den Gewaltexzessen der "Reichskristallnacht" erreicht die

Judenverfolgung im Dritten Reich bis dahin nicht gekannte Ausmaße (November-Pogrome).
1967 Bei der feierlichen Amtseinführung des neuen Rektors der Hamburger Universität entfalten Studenten ein Transparent mit dem Spruch Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren, der zum Symbol der 68er-Bewegung werden wird.
1989 Fall der Mauer. Die DDR öffnet die Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin.
1990 Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrages in Bonn durch Helmut Kohl und Michail Gorbatschow

Internationaler Tag der Toleranz und Writers-in-Prison-Day
Freitag, 15. November 2019
Auf den 15. November fallen zwei internationale Tage, der Internationale Tag der Toleranz (UNO) und der Tag der Writers-in-Prison-Day / Tag der inhaftierten und verfolgten Schriftsteller (Internationaler PEN)

Volkstrauertag
Gedenken an alle opfer von Kriegen und Gewalt
Sonntag, 17. November 2019
10.45 Uhr Kranzniederlegung im Rathausinnenhof.
11.15 Uhr Zentrale Gedenkfeier im Festsaal

Der Volkstrauertag wird immer zwei Wochen vor dem 1. Advent begangen.
Dabei hat der Gedenktag eine wechselvolle Geschichte hinter sich. Eine erste Feierstunde zum Volkstrauertrag fand 1922 im Reichstag statt, landesweit wurde der Tag seit 1925 begangen.
1934 verwandelten die Nazis den Tag in einen so genannten „Heldengedenktag“. Nach dem Krieg fanden wieder verschiedene Gedenkveranstaltungen für Kriegsopfer statt. Dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (1919 gegründet) gelang es 1950, eine Gedenkstunde im Bundestag zu etablieren. Damals ging es um das Gedenken an die verstorbenen des Ersten und Zweiten Weltkriegs, heute sind es mittlerweile alle Opfer von Krieg und Gewalt.

Bis 2015 fand in Münster die Kranzniederlegung am „Dreizehner-Denkmal“ an der Promenade statt. Auch wegen des dort zu lesenden 1954 ergänzten Spruches mit „Treue um Treue“ [zu ähnlich dem Motto der SS „Meine Ehre heißt Treue“] der „denkbar ungeeignetste Ort“ für die Gedenkveranstaltung, wie die Friedensgruppen mit gleichzeitigen Demonstrationen immer wieder deutlich machten.

Tag der Genozid-Konvention
Montag, 9. Dezember 2019
Am 9. Dezember 1948 wurde die "Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes" (Genozid-Konvention) von der UN-Vollversammlung angenommen. Bis heute ist die Konvention ein wichtiges völkerrechtliches Referenzdokument bei schwersten Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Humanity/ Menschheit)

Tag der Menschenrechte
Dienstag, 10. Dezember 2019

Am 10. Dezember 1948 wurde "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" von der UNO verabschiedet.

Am 10. Dezember findet traditionell auch die **Verleihung des Friedensnobelpreises** in Oslo statt.

Die GfbV in Münster informiert dazu und beteiligt sich in diesen Tagen an themabezogenen Veranstaltungen.

Gedenken an den Deportationsbeginn der jüdischen Münsteraner
Sonntag, 15. Dezember 2019, 11.30 Uhr
Erste Deportation der Juden aus Münster nach Riga **am 13. Dezember 1941** in den Holocaust in Riga

Die Gedenkveranstaltung findet jeweils am nächstliegenden Sonntag um 11.30 Uhr am ehemaligen Gertrudenhof, dem Sammellager und Ort des Abtransportes (Ecke Warendorfer Str./ Kaiser-Wilhelm-Ring) statt, anschließend Veranstaltung in der Villa ten Hompel.

Gedenken an „Auschwitz Erlass“ für Sinti und Roma
und den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des Nationalsozialismus
Montag, 16. Dezember 2019
„Auschwitz Erlass“ für Sinti und Roma am 16. Dezember 1942
Der Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, ordnete die Erfassung und Deportation sämtlicher innerhalb des Deutschen Reiches lebender „Zigeuner“ an. Der Erlass markiert den Beginn der systematischen Verfolgung der Sinti und Roma und den Völkermord an den europäischen Roma in der Zeit des Nationalsozialismus.
Insgesamt wurde etwa eine halbe Million Roma Opfer des Holocaust, der von Sinti und Roma als Porajmos [poraɪmos] oder Porrajmos (deutsch „das Verschlingen“) bezeichnet wird.

Internationaler Tag der Migranten
18. Dezember 2019
Am Jahrestag der Verabschiedung der „Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen“ wird auf die Rechte der über 200 Millionen Migranten weltweit verwiesen.

2. Berichte und Hinweise zur Menschenrechtsarbeit

Begegnungstreffen mit Geflüchteten der Minderheiten
Gesellschaft für bedrohte Völker traf sich mit Christen und Yeziden aus Syrien
(Pressebericht)

In Münster haben auch Angehörige christlicher, yezidischer und anderer Minderheiten aus Syrien Zuflucht gefunden. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hatte sie zu einem offenen Begegnungstreffen ins Stadtteilzentrum Bennohaus eingeladen. Im Vorfeld waren interessierte Familien um Mitwirkung gebeten worden. In Absprache organisierten sie

Musik und ein fünf Meter langes Büffet mit syrischen Spezialitäten, deren Kauf und Vorbereitung gesponsert wurde. Über sprachliche, religiöse, ethnische und ideologsche Grenzen hinweg fanden alle schnell zusammen. Ismet Nokta, der die Initiative zu dieser ungewöhnlichen vorweihnachtszeitlichen Begegnung ergriffen hatte, zeigte sich mit der guten Resonanz und den vielen Gesprächen zufrieden. Dass in Kriegen vor allem die Minderheiten Hauptleidtragende sind, die auch im Exil mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, unterstrich Kajo Schukalla von der Menschenrechtsorganisation zur Begründung. Auch im kommenden Jahr sollen weitere Angebote gemacht werden. Möglich wurde die Veranstaltung auch dank einer Förderung der Stadt Münster und durch die Unterstützung des Bennohauses.

Ismet Nokta trug auch ein kurdisches Lied vor und zeigte unentdeckte Qualitäten.

Mahnwache erinnerte an das Elend der Rohingya

Gesellschaft für bedrohte Völker vor Rathaus

(Pressebericht)

Mit einer Dauermahnwache vor dem Rathaus erinnerte die Gesellschaft für bedrohte Völker Freitag (7.12.2018) an die Lage der Rohingya in Burma (Myanmar) und Bangladesh und forderte die Menschenrechte für diese muslimische Minderheit ein. Die UNO bezeichnet die Rohingya als die „meist verfolgte Minderheit der Welt“. Die Rohingya wurden in Burma bereits in den 1950er Jahren Opfer von Massakern und Verfolgung. 1982 wurden ihnen alle staatsbürgerlichen Rechte entzogen, 2012 eskalierte die Situation in einer buddhistisch-nationalistisch aufgeheizten Atmosphäre mit Morden, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen. Annähernd eine Million Rohingya leben heute in Bangladesh, die Mehrheit in hoffnungslos überfüllten Flüchtlingsquartieren im Matsch und ohne ausreichende Versorgung. „Hier mitten im vorweihnachtlichen Treiben an diese humanitäre Katastrophe zu erinnern, vermittelt eigenartige Gefühle“, bemerkt Dr. Kajo Schukalla von der Menschenrechtsorganisation. „Die meisten Passanten streben eilig vorbei, nur wenige bleiben angeührt stehen und fragen nach.“ Die Gesellschaft

für bedrohte Völker möchte Hilfe mobilisieren und fordert, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu ahnden, Schutz vor sexualierter Gewalt in Burma und eine bessere Versorgung der Geflüchteten in Bangladesh.

Zur Mahnaktion gibt es auch einen kurzen Videobeitrag im Internet:
https://www.youtube.com/watch?v=-whlQ4_AWh0

Von Interesse ist auch ein älterer Videobeitrag der GfbV (Febr. 2017) zur Vorgeschichte des Konflikts und der aktuellen Verbrechen:
https://www.youtube.com/watch?v=kyWwdP-1xqQ

Überschreiten der Grenzen -

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Bauhaus-Gedanke

Für Montag, den 10. Dezember 2018, zum 70. Jahrestag der Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, hatte das Eine-Welt-Forum Münster gemeinsam mit der Gesellschaft für bedrohte Völker, der Werkstattgruppe Kinderhaus, Münster-Stadt der Zuflucht, der Afrika Kooperative Münster und weiteren Partnern in die Volkshochschule eingeladen. In Vertretung Oberbürgermeister Markus Lewe sprach der ehemalige Bürgermeister Hans Varnhaben ein Grußwort. Sabine Birken, ehem. NRW-Landesvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), hielt einen eher persönlich gehaltenen Vortrag über Menschenrechtsaspekte. Melanie Rotter berichtete dann über ihre Arbeitserfahrungen im Flüchtlingscamp auf Lesbos. Mit internationaler Live-Musik begeisterte schließlich die lateinamerikanisch-französisch-karibische Musikergruppe JustPedro um Pedro Pablo González.

Gedenken an die erste Deportation aus Münster am 13. Dezember 1941

Am Sonntag, den 9. Dezember 2018, versammelten sich – wie jedes Jahr am nächstliegenden Sonntagmorgen um 11.30 Uhr - Münsteraner zum Gedenken an die erste Deportation der jüdischen Münsteraner. Wo sich jetzt die Gedenktafel an der Ecke Warendorfer Str. / Kaiser-Wilhelm-Ring befindet, stand einst der Gertrudenhof, von dem ab

der Marsch zum Bahnhof und dort der Transport nach Riga in den Holocaust begann.

Winfried Nachtwei, ehem. Bundestagsabgeordneter, erinnerte in seinem Beitrag an den Kriegsverbrecherprozess derzeit beim Landgericht Münster. Der angeklagte frühere SS-Wachmann, war im Konzentrationslager Stutthof (bei Danzig) eingesetzt, in dem auch Münstersche Juden nach Transport von Riga starben. [Der Prozess wurde am 13.12.2018 wegen des gesundheitlichen Zustandes der 95jährigen Angeklagten ausgesetzt, die weiteren Verhandlungstermine wurden aufgehoben.

Dieser 9. Dezember war insofern auch ein besonderes Datum, da sich zum 70. Mal die auch heute wichtige UNO-Genozid-Konvention jährte, an die die Gesellschaft für bedrohte Völker erinnerte.

In der anschließenden Veranstaltung in der nahen Villa ten Hompel berichtete Peter Schilling (Münster) über die Spurensuche und Erinnerungen an jüdische Familien in Münster-Wolbeck. Vor manchen Wolbecker Häusern liegen „Stolpersteine“, die an jüdische Familien erinnern. Jene Familien gehörten wie selbstverständlich zum Dorf- und Vereinsleben, bis sie in den 1930er Jahren isoliert und vertrieben wurden. Wenige konnten emigrieren, die meisten wurden deportiert und ermordet. Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Wolbeck erstellten Lebensfragmente, verfassten erste Gedenkblätter. Peter Schilling und seine Mitstreiter haben weiter nachgefragt, Familiengeschichten rekonstruiert, konkrete Erinnerungszugänge freigelegt, bei Angehörigen recherchiert und sie eingeladen, ein Paten-Netzwerk für Stolpersteine aufgebaut, bestehend aus Nachbarn, Schülern und Vereinen.
Peter Schilling ist Mitbegründer des Vereins Spuren Finden, verantwortlich für das Gedenkbuchprojekt, mit dem an Opfer des Nationalsozialismus am Geschichtsort Villa ten Hompel erinnert wird, und für die Koordination der Stolpersteine in Münster.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Historiker Winfried Nachtwei (links) und
Domkapitular Dr. Ferdinand Schumacher erinnerten an die Deportation und an das Schicksal der Deportierten in Riga und Stutthof.

Siehe auch
www.stadt-muenster.de/villa-ten-hompel/veranstaltungen/2018-12-09-deportationsgedenken.html

Bedrohte Völker - Anhörung im

Menschenrechtsausschuss des Bundestags

„**Verdrängte Ethnien – bedrohte Völker**“ lautete der Titel einer Anhörung des **Menschenrechtsausschusses** unter Vorsitz von Gyde Jensen (FDP), in der am **Mittwoch, 28. November 2018**, Wissenschaftler und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen Fragen der Abgeordneten beantworteten. Neben der ethnischen und religiösen Dimension des Problems und der Vielzahl an Verfolgungen von Minderheiten auf der Welt ging es in der Veranstaltung auch um die Frage, wie Demokratien mit zunehmenden „Ideologien der Ungleichheit“ und „kulturellen Schließungstendenzen“ umgehen können.

Prof. Dr. Dr. h. c. Heiner Bielefeldt (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg) warnte davor, das Thema verfolgter oder verdrängter Gruppen insofern zu verkürzen, dass Menschenrechte nur Minderheiten betreffen würden. Die Frage des Umgangs mit Minderheiten sei immer auch eine Testfrage, wie es um eine Gesellschaft insgesamt bestellt sei. Die Mehrheit habe die Aufgabe, den öffentlichen Raum offen zu halten, Institutionen zu stützen, die einen „identitätspolitischen Kollaps“ verhindern und Minderheiten angstfreie Teilhabe zu ermöglichen.

„Stärker auf die Interessen Indigener eingehen“

Ulrich Delius (Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.) machte darauf aufmerksam, dass es zwar auch, aber eben nicht nur um Verfolgung von ethnischen oder religiösen Minderheiten durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure gehe. So seien weltweit rund 450 Millionen Angehörigen indigener Völker auch durch wirtschaftliche, geografische, klimatische Faktoren bedroht und durch gesellschaftlichen Wandel, Generations- und Rollenkonflikte herausgefordert. Delius warb dafür, die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ratifizieren: Dies könnte ein wichtiges Zeichen an deutsche Unternehmen im Ausland sein, stärker auf die Interessen Indigener einzugehen.

Schwester Hatune Dogan (Hatune Foundation, Warburg) schilderte aus eigenem Erleben die Zurücksetzungen und Diskriminierung ihrer Familie als aramäische Christen in der Türkei. Es sei ihnen verboten worden, ihre Religion auszuüben, ihre Sprache zu sprechen. Lehrer hätten aramäische Kindern mit Schlägen traktiert und sie zu „Soldaten des türkischen Staates“ erklärt. Dogan erinnerte daran, dass Christen vor Jahrhunderten im Nahen Osten die Mehrheit gestellt hätten und heute allenfalls noch wenige Prozente der Bevölkerung, „und die werden auch nicht in Ruhe gelassen“.

„Ideologien der Ungleichheit“

Prof. Dr. Gudrun Hentges (Universität zu Köln) machte auf die Vielgestaltigkeit der „Ideologien der Ungleichheit“ von religiösem Fundamentalismus über Rassismus bis hin zum Antisemitismus aufmerksam. Solche Formen „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ – ein Begriff des Erziehungswissenschaftlers Wilhelm Heitmeyer – nähmen mit der Konjunktur rechter und extrem rechter Parteien auch in Europa zu. So komme die jüngst vorgestellte Studie „Flucht ins Autoritäre“ zu dem Befund, dass die „geschlossene manifeste Ausländerfeindlichkeit“ in Deutschland gestiegen sei, sagte Hentges.

Prof. Dr. Mouhanad Khorchide (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) warb für eine differenzierenden Blick: Während der ägyptische Mufti die Pflicht von Muslimen hervorhebe, Christen den Bau von Kirchen zu ermöglichen, gebe es andere islamische Geistliche, die zur Zerstörung christlicher Kirchen auf der arabischen Halbinsel aufrufen. Die Frage sei, wie man aus Deutschland heraus jene Kräfte unterstützen könne, die sich für die Menschenrechte einsetzen.

„Kulturelle Schließungstendenzen“

Prof. Dr. Michael Reder (Hochschule für Philosophie München) sprach mit Bezug auf den Philosophen Jürgen Habermas von „kulturellen Schließungstendenzen“, in denen die Sehnsucht nach Homogenität und Festigkeit zum Ausdruck kämen. In der globalisierten und pluralistischen Gegenwart könne man zu solchen Konzepten aber nicht mehr zurück. Demokratie sei nicht nur eine Frage der Verfassung und der Regierungsform, sondern auch der Haltung der Bürgerinnen und Bürger. „Dazu gehört Bildung existenziell dazu, Bildung über globalisierte Zusammenhänge.“

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher (Internationales Institut für Religionsfreiheit) argumentierte, dass die Demokratie am Ende nicht am „banalen Vollzug einer Mehrheitswahl“ gemessen werde, sondern daran, ob sie die Rechte von Minderheiten garantiere. Es sei wieder und wieder schockierend, welche ungeheure Energie und Zeit Staaten, Gruppen oder Parteien weltweit darauf verwendeten, dafür zu sorgen, dass es anderen nicht gut gehe und „Minderheiten madig zu machen“. (ahe/28.11.2018)

Liste der geladenen Sachverständigen

- **Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Politische Wissenschaft, Lehrstuhl für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik
- **Ulrich Delius**, Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker e. V.,
- **Schwester Hatune Dogan**, Hatune Foundation, Warburg
- **Prof. Dr. Gudrun Hentges,** Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät
- **Prof. Dr. Mouhanad Khorchide**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Zentrum für Islamische Theologie
- **Prof. Dr. Michael Reder**, Hochschule für Philosophie München, Lehrstuhl für Praktische Philosophie mit dem Schwerpunkt Völkerverständigung
- **Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher**, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-pa-menschenrechte/578910

Dokumentation durch das Parlamentsfernsehn des Deutsches Bundestages
https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7292407

Vor 50 Jahren: An Biafra wurde auch in Münster gedacht

Die Gesellschaft für bedrohte Völker konnte in diesem Jahr ihren 50. Geburtstag feiern. 1968 war sie als „Komitee Aktion *Biafra-Hilfe* gegründet worden. Auch in Münster hatte es damals mit der damals von Hamburg aus agierenden Gruppe um Tilman Zülch und Klaus Guercke Arbeitskontakte gegeben. Leider habe die genauen Verbindungen in Münster noch nicht herausfinden können.

Die beiden letzten Münster-Jahrbücher – immer im Rückblick von 50 Jahren und mit einer Fotoausstellung im Stadtmuseum verbunden – erinnern in den Bändchen 1968 und 1969 daran.

Der Bürgerkrieg, der im Jahre 1967 durch die Unabhängigkeitserklärung des Staates Biafra von Nigeria in Westafrika entfesselt wurde, erfuhr im darauffolgenden Jahr eine deutliche Verschärfung: Nigeria verhängte über Biafra eine Hungerblockade und löste damit weltweite Proteste und Solidaritätsbekundungen gegenüber Biafra aus. Auch in Münster gingen Aktivisten mehrfach auf die Straße. So rief das „Aktionskomitee Biafra" Ende September mit einem Aktionsstand in der Salzstraße dazu auf, Postkarten zu kaufen und ausgefüllt an den britischen Botschafter zu schicken. In diesen Postkarten machte es ihn und seine Regierung für die britischen Waffenlieferungen nach Nigeria und alle daraus folgenden Konsequenzen verantwortlich. Zudem sollte der Reinerlös aus dieser Aktion zur Unterstützung von Hilfeleistungen am afrikanischen Kriegsschauplatz eingesetzt werden.

Larissa Düchting, Axel Schollmeier, Janna Stupperich: Münster 1968. Das Münster-Jahrbuch. Hrsg. Vom Stadtmuseum 2018, S. 54

Der Biafra-Krieg spielte Ende der 1960er Jahre mit Bildern Hunger leidender Kinder eine große Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung der Bundesrepublik. Auch deutsche Hilfsorganisationen engagierten sich, um die Not der Opfer im westafrikanischen Bürgerkrieg zu lindern. Am 17. Januar verabschiedete Krankenschwester Brigitte Wilmer (re.), die erst wenige Tage zuvor aus Afrika zurückgekehrt war, ihre Kollegin Ursula Schäfer. Sie brach nach Gabun auf, um geflüchtete Kinder aus Biafra zu pflegen.

Larissa Düchting, Axel Schollmeier, Janna Stupperich: Münster 1969. Das Münster-Jahrbuch. Hrsg. Vom Stadtmuseum 2019, S. 9

West-Östliche Diwan auf dem Domplatz Münster - Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen - Ein Nachtrag

Solch ein Kulturprogramm gab es noch nie auf Münsters Domplatz. Mitte September fand ein ganzes Wochendende das Kulturevents „Der West-Östliche Diwan“ statt. Auf orientalischen Teppichinseln trafen syrische Kiepenkerle auf westfälische Trachtengruppen und genossen gemeinsam arabischen Manakish und Töttchen. Menschen aus dem arabisch-persischen und dem deutsch-westfälischen Sprachraum gingen an zwei Tagen der Frage nach, wie es sich am angenehmsten und schönsten mit der Andersartigkeit des Nachbarn leben lässt.
Auf Youtube kann man einige Eindrücke nacherleben. Hier einige Links:

https://www.youtube.com/watch?v=yLTfidvKNvI
https://www.youtube.com/watch?v=RNWQkdrFs7k
https://www.youtube.com/watch?v=lFgSA1923oA

Thomas Nufer (r.) und der afghanische Künstler Omar Ayobi vor dem Container an der Rösnerstraße. Dort können Teppichspenden für den „West-Östlichen Diwan“ abgegeben werden. Foto: Manuela Feldkamp,
Wir danken den Westfälische Nachrichten.

3. Ausgewählte Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Weimarer Menschenrechts-Preisträger seit fast fünf Monaten in Mauretanien in Haft
Menschenrechtler fordern Freilassung von Sklaverei-Kritiker
GfbV-Pressemitteilung vom 27.12.2018

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Freilassung des in Mauretanien inhaftierten Parlamentsabgeordneten und Sklaverei-Kritikers Biram Dah Abeid gefordert. Der Träger des Weimarer Menschenrechtspreises und der höchsten Auszeichnung für Menschenrechtler der Vereinten Nationen ist seit fast fünf Monaten inhaftiert. „Birams Haft ist unverhältnismäßig und willkürlich. Es liegt der Verdacht nahe, dass man den unbequemen Sklaverei-Kritiker politisch isolieren und mundtot machen will“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen.

Der Menschenrechtler war am 7. August 2018 festgenommen worden, weil er von einem Journalisten beschuldigt wurde, ihn bedroht zu haben. Die Anschuldigung wiege zwar schwer, rechtfertige aber keine monatelange Inhaftierung eines gewählten Parlamentsabgeordneten, erklärte die Menschenrechtsorganisation. Biram Dah Abeid bestreitet die Vorwürfe. Die GfbV kritisierte die mangelnde politische Unabhängigkeit von Mauretaniens Strafverfolgungsbehörden und Justiz, die den Fall zu einer Gerichtsposse mache. So würden Mauretaniens Gerichte den politisch heiklen Fall immer wieder zwischen den Instanzen hin- und herschieben, um Staatspräsident Mohamed Ould Abdel Aziz nicht zu verärgern. Aus Justizkreisen wird über direkte Einflussnahmen der Staatsführung berichtet, um eine längere Inhaftierung des unbequemen Politikers und Menschenrechtlers zu erreichen.

Biram Dah Abeid gilt in Mauretanien als einer der prominentesten Feinde des Staatspräsidenten Aziz, der trotz massiver Proteste in der Bevölkerung eine dritte Amtszeit und eine Wiederwahl bei den Präsidentschaftswahlen im April 2019 erwägt. Seit Jahren prangert Biram Dah Abeid den Machtmissbrauch und den Fortbestand der Sklaverei trotz gesetzlicher Verbote öffentlich an. Zwar konnte der charismatische

Menschenrechtler bei den Parlamentswahlen im September 2018 ein Abgeordnetenmandat erringen, wegen seiner Inhaftierung konnte er das Mandat aber nicht antreten und wurde bei der Besetzung bedeutender Posten im Parlament übergangen. In den letzten Wochen appellierten immer mehr führende Oppositionspolitiker an die Regierung, den Sklaverei-Kritiker endlich freizulassen.

Biram Dah Abeids Engagement gilt der Abschaffung der Sklaverei. Zwar wurde die Leibeigenschaft schon 1981 offiziell in Mauretanien verboten, doch in ländlichen Regionen besteht sie weiter fort. Erst im Dezember 2018 wurden neue Fälle der Sklaverei in abgelegenen Regionen an der Grenze zum Nachbarland Mali bekannt.

Weihnachten in China - Fest des Wegsperrens von Menschenrechtlern
Prominentem Menschenrechtsanwalt wird in China der Prozess gemacht - Menschenrechtler prangern unfaires Gerichtsverfahren an
GfbV-Pressemitteilung vom 26.12.2018

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verurteilt den Prozess gegen den Menschenrechtsanwalt Wang Quanzhang als unfaires Gerichtsverfahren zur Einschüchterung mutiger Rechtsanwälte, die für die Schwachen und Verfolgten in China eintreten. Bild: TheWriterhk via Wikimedia CC BY-SA 3.0

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat China vorgeworfen, systematisch die Ruhe der Weihnachtstage zu missbrauchen, um ohne große internationale Proteste prominente Menschenrechtler für Jahre wegzusperren. Die Menschenrechtsorganisation verurteilte den heute beginnenden Prozess gegen den Menschenrechtsanwalt Wang Quanzhang als unfaires Gerichtsverfahren zur Einschüchterung mutiger Rechtsanwälte, die für die Schwachen und Verfolgten in China eintreten. Die GfbV forderte die sofortige Freilassung des Juristen, dem wegen vermeintlicher Gefährdung der Staatssicherheit eine langjährige Haftstrafe droht. „Chinas Missbrauch des Weihnachtsfestes, um sich seiner schärfsten Kritiker zu entledigen, ist skandalös und zynisch“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen.

Die GfbV erinnerte daran, das Weihnachten 2017 der prominente Menschenrechtler Wu Gan zu acht Jahren Haft verurteilt wurde. Auch der inzwischen verstorbene Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo war am Weihnachtstag 2009 inhaftiert worden. „Chinas durchsichtiges Spiel darf sich nicht auszahlen. Wer glaubt, die Ruhe der Festtage missbrauchen zu können, um angesehene Menschenrechtler mundtot zu machen, dem muss gezeigt werden, dass grobe Menschenrechtsverletzungen international nicht unbemerkt bleiben“, forderte Delius.

Wang Quanzhang ist seit Juli 2015 inhaftiert. Es sei absolut willkürlich, wenn ihm nun unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu Weihnachten der Prozess gemacht werde, erklärte

die GfbV. Seit zwei Jahren sei sein Verfahren schon bei Gericht anhängig. Seinem Rechtsanwalt und seiner Ehefrau Li Wenzu wurde jedoch jede Einsicht in die Prozessakten verwehrt. „Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit sehen anders aus. Das Gerichtsverfahren ist unfair, weil es allen internationalen Standards fairer Gerichtsbarkeit widerspricht“, sagte Delius.

Wang hatte sich als Rechtsanwalt engagiert für Gerechtigkeit für verfolgte Christen und Anhänger der Meditationsbewegung Falun Gong eingesetzt. Er gilt als eines der prominentesten Opfer der im Sommer 2015 von Chinas Staatssicherheit begonnenen Kampagne gegen unabhängige Rechtsanwälte und Menschenrechtler. Rund 300 Rechtsanwälte, Mitarbeiter von Rechtsberatungen, Anwaltskanzleien und Menschenrechtler wurden seither festgenommen. Viele von ihnen wurden in unfairen Gerichtsverfahren zu Haftstrafen verurteilt oder verloren ihre Zulassung als Rechtsanwälte.

Kongo: Verschiebung der Wahlen scharf kritisiert
Präsident Kabilas Machtspiele bedrohen Überleben von Millionen Not-leidenden Kongolesen
GfbV-Pressemitteilung vom 21.12.2018

Die Menschenrechtsorganisation wirft der Regierung des Kongo vor, die Verschiebung inszeniert zu haben, um den seit Dezember 2016 illegal regierenden Staatspräsidenten Joseph Kabila weiter an der Macht zu halten.
Foto: Ryan Brown via UN-Photos.

https://www.unmultimedia.org/s/photo/detail/562/0562746.html

Scharfe Kritik an der Verschiebung der für kommenden Sonntag geplanten Präsidentschaftswahlen im Kongo hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) geübt. Die Menschenrechtsorganisation wirft der Regierung des Kongo vor, die Verschiebung inszeniert zu haben, um den seit Dezember 2016 illegal regierenden Staatspräsidenten Joseph Kabila weiter an der Macht zu halten. „Der Machtkampf um die Staatsführung bedroht das Überleben von Millionen Menschen. Die Taktik von Präsident Kabila ist zynisch und verantwortungslos. Ihn kümmert es offensichtlich nicht, dass im Jahr 2018 erneut 1,4 Millionen Kongolesen vor Gewalt und eskalierenden Konflikten fliehen mussten“, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Freitag in Göttingen. Der Kongo habe wichtigere Probleme, als Kabila eine Show-reife Bühne für seine Versuche zu bieten, sich den Zugriff auf seine Kleptokratie auch weiterhin zu sichern.

Der Kongo brauche dringend eine glaubwürdige Regierung, um den Schutz der Zivilbevölkerung vor neuer Gewalt, Plünderung ihrer Ressourcen und Marginalisierung sicherzustellen, forderte Delius. Es sei skandalös, dass im Kongo insgesamt 5,9 Millionen Menschen auf der Flucht und 13 Millionen Personen auf humanitäre Nothilfe angewiesen seien, während Kabilas einzige Sorge die Sicherung seiner Pfründe sei. Rund 4,3 Millionen Kinder litten unter Mangelernährung. Doch noch nicht einmal humanitäre Helfer seien in dem Land sicher. Jeden Tag gebe es durchschnittlich mindestens zwei Übergriffe auf Mitarbeiter von Hilfsorganisationen.

Nachdrücklich kritisierte die GfbV auch die systematische Behinderung der Wahlkampagne von Oppositionspolitikern. So seien Wahlkampftritte behindert, ihre Präsenz in den Medien massiv eingeschränkt und Demonstrationen brutal niedergeschlagen worden. Um sich den Zugriff auf die Macht zu sichern, fördere Kabila den früheren Innenminister Emmanuel Ramazani Shadary. Er soll Kabilas Nachfolger werden.

Die seit langem überfälligen Wahlen wurden am Donnerstag um eine Woche auf den 30. Dezember 2018 verschoben. Beobachter hatten seit langem mit dieser Verschiebung gerechnet, da die Wahlkommission und die Regierung die Bevölkerung schon seit Wochen auf eine eventuelle Verlegung der Wahlen einstimmen. Sie rechtfertigen dies vor allem mit einem mysteriösen Brand einer Lagerhalle, in der für das Votum wichtige Materialien gelagert gewesen seien. Der Ablauf des Brandes und die schnellen Schadensmeldungen haben jedoch den Verdacht aufgeworfen, dass der Brand inszeniert wurde, um eine Wahlverschiebung zu ermöglichen.

Pakistan: Todesurteile gegen Christen - Blasphemie-Paragraphen abschaffen!
Lage von Christen in Pakistan dramatisch - Menschenrechtler fordern nach neuen Todesurteilen Abschaffung der Blasphemie-Paragraphen
GfbV-Pressemitteilung vom 17.12.2018

Alarmiert von zwei neuen Todesurteilen gegen Christen in Pakistan hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Abschaffung der Blasphemie-Paragraphen im Strafgesetzbuch des Landes gefordert.
Foto: Patrick aka Herjolf via Flickr CC BY-NC-ND 2.0,https://www.flickr.com/photos/133755719@N08/24335088541/

Alarmiert von zwei neuen Todesurteilen gegen Christen in Pakistan hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Abschaffung der Blasphemie-Paragraphen im Strafgesetzbuch des Landes gefordert. In einem Fax an Premierminister Imran Khan warf die Menschenrechtsorganisation Pakistan vor, mit den umstrittenen Paragraphen Gewalt gegen religiöse Minderheiten zu schüren, statt für die Respektierung ihrer Religionsfreiheit einzutreten.

„Pakistan macht sich als Mitgliedsstaat des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen unglaubwürdig, wenn Gewalt religiöser Extremisten und willkürliche Verletzungen grundlegender Menschenrechte gefördert werden“, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Jeder Schuldspruch wegen Blasphemie schädigt international das Ansehen Pakistans. Die Regierung muss diese Gewaltspirale endlich durchbrechen, um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Politik nicht von religiösen Extremisten vorschreiben lässt.“

Die Todesurteile gegen die beiden Brüder Amoon und Qasir Ayub ergingen am vergangenen Donnerstag. Sie waren 2011 verdächtigt worden, mit Einträgen auf ihrer bereits seit 2009 nicht mehr zugänglichen Webseite das Ansehen Mohameds beeinträchtigt zu haben. Nach drei Jahren auf der Flucht waren die beiden Christen festgenommen worden. Das Verfahren fand aus Sicherheitsgründen in einem Gefängnis statt. Noch mindestens zehn weiteren Christen droht in Pakistan das Todesurteil oder die Vollstreckung der Todesstrafe wegen angeblicher Blasphemie.

Die GfbV erinnerte auch an das Schicksal der zum Tode verurteilten Katholikin Asia Bibi. „Obwohl sie nach jahrelanger Haft freigesprochen wurde, wird sie Weihnachten zwar mit ihrem Ehemann feiern können, aber nicht als freier Mensch“, kritisierte Delius. Asia Bibi wird von der Polizei an einem geheimen Ort festgehalten, bis im Januar 2019 das Oberste Gericht über den Einspruch religiöser Extremisten gegen ihren Freispruch entscheidet. Ohne Polizeischutz drohe ihr die Ermordung durch religiöse Fanatiker, vor deren wachsender Macht die Regierung Pakistans kapituliere.

5G-Mobilfunklizenzen: Chinesische Unternehmen ausschließen!
Streit um Vergabe von 5G-Mobilfunklizenzen - Sicherheitsrisiko Huawei: Chinesische Unternehmen wegen mangelnder Datensicherheit ausschließen!
GfbV-Pressemitteilung vom 18.12.2018

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat an die Bundesnetzagentur appelliert, bei der Vergabe von 5G-Mobilfunklizenzen chinesische Unternehmen wegen mangelnder Datensicherheit und Transparenz von dem Bietverfahren auszuschließen. „Solange es in China keinen wirksamen Datenschutz und keine Rechtssicherheit gibt, sind Daten auch internationaler Kunden dort in Gefahr. Denn kein Unternehmen kann sich mit Erfolg gegen Eingriffe der chinesischen Staatssicherheit wehren“, warnte die GfbV in Schreiben an den Präsidenten und den Beirat der Bundesnetzagentur. Dies gelte auch für den chinesischen Konzern Huawei, der von den drei deutschen Bieter-Firmen bei der Auktion als Kooperationspartner geführt werde.

Deutsche Unternehmen, die bei 5G auf chinesische Zulieferer setzen, müssten sich fragen lassen, ob sie sich zum Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung bekennen. Der Plan nimmt deutsche Firmen in die Pflicht, auch für Menschenrechte bei den Zulieferern zu sorgen. „Verbraucher in Deutschland haben einen Anspruch darauf, dass dieser Aktionsplan nicht nur Makulatur ist“, sagte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. Wer sich in Deutschland penibel an den Datenschutz gemäß der Datenschutzgrundverordnung halte, dürfe diese Grundsätze außerhalb der EU nicht grob missachten. „In China müssen wir momentan erleben, wozu es führt, wenn Unternehmen bei der Entwicklung neuer Produkte eng mit der Staatssicherheit kooperieren: In der Unruheregion Xinjiang wurde die Überwachung und Verfolgung von Uiguren, Kasachen und Kirgisen perfektioniert.“

Die GfbV ist davon überzeugt, dass auch bei Huawei die Grenzen zwischen politischer Einflussnahme durch die Kommunistische Partei und unternehmerischer Entscheidung fließend sind. Daher gebe es keine Datensicherheit, wenn Produkte dieser Firma genutzt würden, argumentierte Delius. Auch sei das Preisgebaren des Unternehmens weder transparent noch nachvollziehbar. „Wem die Sicherheit seiner Daten etwas bedeutet, der sollte nicht nur nach dem billigsten Angebot schauen“, betonte der Menschenrechtler. Dies gelte nicht nur für private Verbraucher, sondern auch für die öffentliche Hand.

Im Frühjahr 2019 wird die Bundesnetzagentur über die Vergabe der 5G-Lizenzen entscheiden. Australien, Neuseeland, Japan und die USA haben sich aus Sicherheitsgründen bereits gegen Unternehmen mit chinesischen Kooperationspartnern entschieden.

Pakistan: Todesurteile gegen Christen - Blasphemie-Paragraphen abschaffen!
Lage von Christen in Pakistan dramatisch - Menschenrechtler fordern nach neuen Todesurteilen Abschaffung der Blasphemie-Paragraphen
GfbV-Pressemitteilung vom 17.12.2018

Alarmiert von zwei neuen Todesurteilen gegen Christen in Pakistan hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Abschaffung der Blasphemie-Paragraphen im Strafgesetzbuch des Landes gefordert. Foto: Patrick aka Herjolf via Flickr CC BY-NC-ND 2.0

Alarmiert von zwei neuen Todesurteilen gegen Christen in Pakistan hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) die Abschaffung der Blasphemie-Paragraphen im Strafgesetzbuch des Landes gefordert. In einem Fax an Premierminister Imran Khan warf die Menschenrechtsorganisation Pakistan vor, mit den umstrittenen Paragraphen Gewalt gegen religiöse Minderheiten zu schüren, statt für die Respektierung ihrer Religionsfreiheit einzutreten.

„Pakistan macht sich als Mitgliedsstaat des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen unglaubwürdig, wenn Gewalt religiöser Extremisten und willkürliche Verletzungen grundlegender Menschenrechte gefördert werden“, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Montag in Göttingen. „Jeder Schuldspruch wegen Blasphemie schädigt international das Ansehen Pakistans. Die Regierung muss diese Gewaltspirale endlich durchbrechen, um deutlich zu machen, dass sie sich ihre Politik nicht von religiösen Extremisten vorschreiben lässt.“

Die Todesurteile gegen die beiden Brüder Amoon und Qasir Ayub ergingen am vergangenen Donnerstag. Sie waren 2011 verdächtigt worden, mit Einträgen auf ihrer bereits seit 2009 nicht mehr zugänglichen Webseite das Ansehen Mohameds beeinträchtigt zu haben. Nach drei Jahren auf der Flucht waren die beiden Christen festgenommen worden. Das Verfahren fand aus Sicherheitsgründen in einem Gefängnis statt. Noch mindestens zehn weiteren Christen droht in Pakistan das Todesurteil oder die Vollstreckung der Todesstrafe wegen angeblicher Blasphemie.
Die GfbV erinnerte auch an das Schicksal der zum Tode verurteilten Katholikin Asia Bibi. „Obwohl sie nach jahrelanger Haft freigesprochen wurde, wird sie Weihnachten zwar mit ihrem Ehemann feiern können, aber nicht als freier Mensch“, kritisierte Delius. Asia Bibi

wird von der Polizei an einem geheimen Ort festgehalten, bis im Januar 2019 das Oberste Gericht über den Einspruch religiöser Extremisten gegen ihren Freispruch entscheidet. Ohne Polizeischutz drohe ihr die Ermordung durch religiöse Fanatiker, vor deren wachsender Macht die Regierung Pakistans kapituliere.

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Kostenlose Downloads aktueller **GfbV-Dokumentationen, Reports und Memoranden** sind auf unserer Internetseite unter Online Shop möglich:

https://www.gfbv.de/nc/de/header-menue/online-shop/

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Wasser ist Leben

Nummer 309

Ausgabe 06/2018

Seiten 68

Preis 4.60 Euro

Foto: saravutpics/ Shutterstock.com

Wasser bedeutet Leben: Menschen und Tiere brauchen Wasser zum Trinken; Pflanzen benötigen Wasser zum Wachsen. Doch die Wasserressourcen der Erde sind ungleich verteilt. Während an einigen Orten der Boden vertrocknet, werden an anderer Stelle ganze Landstriche überflutet. In Europa sprudelt sauberes Trinkwasser aus Wasserhähnen. An anderen Orten laufen Frauen und Kinder stundenlang zur nächsten Wasserquelle. Stauseen, Privatisierung und verschmutztes Abwasser fördern diese Ungleichheit – und lösen Konflikte aus. Bei diesen bleiben besonders die Rechte von Minderheiten auf der Strecke. Wasser bedeutet jedoch auch Kultur: Ob als Musikinstrument oder zur rituellen Reinigung begleitet es Zeremonien und religiöse Praktiken. Tauchen Sie mit dieser Ausgabe ein in die Welt der Seen und Meere, Bäche und Flüsse, Rinnsale und Fluten.

Nummer 308:

Am 10. Dezember wurde die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 70 Jahre** alt. Grund genug, unsere Ausgabe der Zeitschrift "bedrohte Völker - pogrom" diesem Thema zu widmen. Unsere Redakteurin Johanna Fischotter stellt sie euch und Ihnen im Internet vor.

https://www.youtube.com/watch?v=XJRzmnlrwCs

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de . Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

GfbV-Zeitschrift im Abo

Wir würden uns besonders darüber freuen, wenn Sie unsere Zeitschrift regelmäßig lesen möchten: Das Abonnement umfasst sechs Ausgaben im Jahr und kostet inklusive Versand 25 Euro pro Jahr (ermäßigt 20 Euro).

Zeitschrift abonnieren oder kostenloses Probeheft anfordern unter:

https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/

Interesse am GfbV-Newsletter aus dem Bundesbüro?

https://www.gfbv.de/de/informieren/newsletter/

Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !
Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/

https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/

https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/

GfbV-Bildkalender 2019

ist noch lieferbar!

Jahresthema:

Beschwingt: Musik und Tanz in aller Welt

Preis: 19,50 Euro (Versand kostenlos deutschlandweit)

Unterstützen Sie mit dem Kauf die Menschenrechtsarbeit der GfbV!

https://www.gfbv.de/nc/de/header-menue/online-shop/

<u>Spendenkonto</u> der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE 07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Postanschrift: Markweg 38, 48147 Münster,
E-mail: muenster@gfbv-rg.de

Ulrike Kuhlmann, Information und Vernetzung, Veranstaltungsorganisation
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)
E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com,

Ismet Nokta, Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien. Irak, Türkei

(deutsch, türkisch, kurdisch in mehreren Dialekten, niederländisch)

Tel. 0162-9789237,

E-mail: Ismetleyla@web.de

Dr. Kajo Schukalla, Koordinierung, Gremien, internationale Arbeit

Markweg 38, 48147 Münster,

Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),

E-mail: kajo.schukalla@gmail.com

Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster
www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster findet ihr hier eingestellt:

https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/

https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@… dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Datenschutzhinweis

Aufgrund der neuen **EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** haben wir unsere Datenschutzerklärung überarbeitet. Sie findet sich auf der GfbV-Internetseite unter

https://www.gfbv.de/de/footer-menue/ueber-uns/datenschutz/

Wer mit der Nutzung der Adressdaten für den Versand dieser Menschenrechtsinformationen einverstanden sind, braucht nichts zu unternehmen.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail an kajo.schukalla@gmail.com oder muenster@gfbv-rg.de . *Ich werde dann alle Daten umgehend löschen.*

Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

threatened refugees **welcome**

gesellschaft für **bedrohte völker**